

„Die Tea Party Bewegung – problematische Freunde der Republikaner“

Vortrag für die Petra-Kelly-Stiftung und das Amerikahaus München am 6. Oktober 2010 in München

Von Christoph von Marschall, Washington

Die Tea Party ist DIE Aufsteigerin des Jahres. Die Bewegung hat eine ebenso erstaunliche wie überraschende Karriere hingelegt. Anfang Januar war sie den meisten Amerikanern unbekannt. Das änderte sich mit der Nachwahl für den Senatssitz des verstorbenen Ted Kennedy am 19. Januar in Massachusetts. Nicht die demokratische Favoritin Martha Coakley gewann in dem zuvor verlässlich progressiv wählenden Ostküstenstaat, sondern der Republikaner Scott Brown. Der Hauptgrund: Nahezu die Hälfte der Obama-Wähler von 2008 war zuhause geblieben. Die Begeisterung von damals war einer Frustration gewichen. Denn der Präsident tat sich schwer, seine Ziele in einer aufgeheizten und nahezu feindlichen Atmosphäre zwischen den beiden Lagern durchzusetzen. Die Republikaner dagegen gingen in relativ großer Zahl zur Wahl, mobilisiert von freiwilligen Helfern der Tea Party aus anderen Staaten, die nach Massachusetts kamen, von Tür zu Tür gingen und mit der Aussicht auf einen Überraschungserfolg warben.

Anfang Februar 2010 schloss sich die National Tea Party Convention in Nashville, Tennessee, an – eine Art nationale Heerschau. Es folgten mehrere sensationelle Vorwahlsiege bei der Kandidatenaufstellung der Republikanischen Partei für die Kongresswahl im Herbst. In diversen Bundesstaaten besiegten Bewerber, die sich auf die Tea Party stützten, die Favoriten des Partei-Establishments. Öffentlicher Höhepunkt des zur Schau gestellten Einflusses war dann die Kundgebung unter dem Titel „Restoring Honor“ am Martin Luther King Day, dem 28. August, vor dem Lincoln Memorial. Glenn Beck, ein Talkshow-Moderator des konservativen TV-Senders Fox, hatte dazu aufgerufen. Es kamen schätzungsweise 300.000 Teilnehmer auf die National Mall in Washington – mehr als zu Martin Luther Kings „I ave a

Dream“-Rede 1963 an gleicher Stelle.

Name und Assoziation

Mit dem Namen knüpft die Bewegung an die historische Boston Tea Party von 1773 an, ein Meilenstein auf dem Weg zur Unabhängigkeit und ein Symbol für die Auflehnung gegen eine Obrigkeit, die die Bürger schikaniert und zu hohe Steuern fordert. Aus Protest gegen die Zölle auf Tee, die die britische Kolonialmacht den Kolonien auferlegte, warfen Siedler damals Teeballen im Hafen von Boston über Bord. So umgibt sich die Tea Party mit dem Flair, in ihr sammelten sich die wahren Patrioten, die Widerstand gegen eine Regierung leisten, die Verrat an den eigentlichen Interessen der Bürger übt.

Für Anhänger hat der Name noch eine weitere Bedeutung: Tea sei auch das Kürzel für „Taxed enough already“ – die Bürger würden bereits genug besteuert. Die Behauptung, dass Regierung und Verwaltung überborden, viel zu viel Geld kosten und unzulässig in den Alltag der Bürger eingreifen, gehört zu den zentralen Glaubenssätzen der Tea Party. Zwei Drittel der Anhänger meinen, Obama habe die Steuern erhöht. Tatsächlich hat er sie gesenkt.

Wer sind die Anhänger?

Anfangs kursierten viele falsche Vermutungen, zum Beispiel, dass die Anhänger die Opfer der Wirtschaftskrise seien und dass sich ihre zum Teil kruden politischen Thesen aus einer Benachteiligung bei Einkommen und Bildung erklären. Zwei Meinungsumfragen korrigierten dieses Bild: erst eine umfangreiche Erhebung der „New York Times“ und des Senders CBS vom April 2010 und dann eine nicht ganz so ausführliche des „Wall Street Journal“ und des Senders NBC von Ende September. Nach den Ergebnissen der New-York-Times-Umfrage sagten damals 18 Prozent der Bürger, sie sympathisierten mit der Tea Party. Diese Anhänger sind typischerweise weiß (89 Prozent), männlich (59 Prozent), verheiratet und überdurchschnittlich alt (75 Prozent über 45 Jahre, 29 Prozent über 65 Jahre).

Nach Bildung und Verdienst liegen sie über dem US-Durchschnitt. 37 Prozent haben eine College-Ausbildung (Vergleichszahl für die gesamte US-Bevölkerung: 25 Prozent). 56 Prozent verdienen mehr als 50.000 Dollar im Jahr. (Im US-Durchschnitt tun das nur 45 Prozent; der Durchschnittsjahresverdienst in den USA liegt um die 40.000 Dollar.)

Sie selbst bezeichnen sich als „konservativ“ (75 Prozent) oder „sehr konservativ“ (39 Prozent). 77 Prozent der Tea-Party-Anhänger bewerten Präsident Obama als „very liberal“, also nach deutschen Begriffen als „sehr progressiv“; nimmt man alle US-Bürger zum Vergleich, sagen das nur 31 Prozent. Obama teile die Werte der Mehrheit der Bürger nicht, meinen Tea-Party-Sympathisanten; und er verstehe die Probleme durchschnittlicher Leute nicht. Während moderate Republikaner ihre eigene Stimmung als „unzufrieden“ („dissatisfied“) beschreiben, sagen Tea Party-Leute, sie seien „zornig“ („angry“).

Als die drei Hauptgründe für ihren Zorn nennen sie: erstens, die Gesundheitsreform; zweitens, dass die Regierung zu viel Geld ausbebe; drittens, dass „unsere Meinung in Washington nicht gehört“ wird.

Auf die Frage nach ihrer Parteisympathie fühlen sich 54 Prozent als Republikaner, 41 Prozent als „Independents“ (Parteiunabhängige) und 5 Prozent als Demokraten. 75 Prozent der Tea-Party-Sympathisanten sagen, sie seien noch nie zuvor bei einer Demonstration gewesen und hätten auch noch nie Geld für politische Ziele gespendet.

Diese Verwandlung zuvor unpolitischer und zum Gutteil älterer Bürger in aktive Mitglieder einer Protestbewegung erinnert in manchem an Deutschland und den Protest gegen „Stuttgart 21“.

Was denken und was wollen die Anhänger?

Sie sind generell gegen Präsident Obamas politischen Kurs und seine Reformen: gegen das Konjunkturpaket, gegen die Rettung von Banken und Autokonzernen, gegen die Gesundheitsreform, gegen staatliche Vorgaben zum Klimaschutz und

generell gegen „zu viel Staat“. Als oberste Ziele geben sie an: die Regierung verkleinern (45 Prozent), Jobs schaffen (9 Prozent), Steuern senken (6 Prozent). Allerdings tauchen hier bereits Widersprüche auf; die Aussagen und Meinungen der Tea-Party-Anhänger sind nicht so eindeutig, wie es klingen mag. Eine Mehrheit sagt nämlich zugleich, der Steueranteil sei „fair“; Social Security, die Grundrente für Bürger über 65, und Medicare, die kostenlose, weil vom Staat getragene Gesundheitsversorgung für Senioren, seien ihr Geld wert. Das ist leicht nachvollziehbar beim Blick auf das hohe Alter vieler Tea-Party-Anhänger; sie sind Nutznießer dieser Leistungen. Es steht aber in auffälligem Kontrast zum politischen Programm, das prominente Tea-Party-Kandidatinnen und -Kandidaten vertreten. Sharron Angle, zum Beispiel, die Senatsbewerberin in Nevada, möchte Social Security und Medicare abschaffen.

Zweischneidig ist auch der Jubel für Sarah Palin, die Galionsfigur der Tea Party. Zwei Drittel finden, sie sei eine begeisternde Politikerin. Aber selbst innerhalb der Tea Party meint eine Mehrheit, sie sei nicht geeignet, Präsidentin zu werden. Tea-Party-Anhänger schicken ihre Kinder auf öffentliche Schulen, nicht auf Privatschulen. Sie beteiligen sich an der Volkszählung, obwohl einige Führungsfiguren zu deren Boykott aufgerufen hatten. Generell sind sie staatsreu und rechtstreu.

Ihr Gefühl ist, das Land bewege sich in die falsche Richtung. Das sagen mehr als 90 Prozent der Tea-Party-Sympathisanten, US-weit meinen das rund 60 Prozent. Sie sagen weiter, der Präsident habe die falschen Ziele, und sie seien unzufrieden mit ihm (90 Prozent). Unter allen US-Bürger teilten damals, im April 2010, nur 40 Prozent diese Ansicht.

Der umgekehrten, positiv formulierten Aussage stimmten USA-weit 58 Prozent der Aussage zu: Der Präsident versteht uns. In der Tea Party meinten das nur 24 Prozent. Ihre Befürchtung lautet: Amerika hat die besten Jahre hinter sich. Das gelte ganz besonders bei der Jobsuche für weiße Arbeitnehmer. Statt ihnen zu helfen, tue Obama zu viel für Arme (56 Prozent, gesamte USA 27 Prozent). Er bevorzuge

Schwarze, sagen 25 Prozent der Tea-Party-Leute; USA-weit meinen das nicht mal halb so viele (11 Prozent). Eine andere Sorge: Obama mache die USA zu einem sozialistischen Land; das sagen 92 Prozent der Tea-Party-Anhänger. 64 Prozent glauben, er habe die Steuern erhöht – obwohl er sie tatsächlich gesenkt hat. USA-weit hängen 34 Prozent dieser irrigen Vorstellung an. 25 Prozent der Tea-Party-Anhänger meinen, Obama sei gar nicht in den USA geboren. Und das bedeutet zugleich: Er sei gar kein rechtmäßiger Präsident. Das Amt steht nämlich nur Menschen zu, die in den USA zur Welt kamen.

Freilich haben Tea-Party-Anhänger auch großes Misstrauen gegenüber den Republikanern und meinen, dass deren bisherige Abgeordnete schlechte Arbeit leisten. 17 Prozent aller US-Bürger sagen, der Kongress mache gute Arbeit. In der Tea Party sagt das nur ein Prozent.

Vom Zorn zur Gegenwehr ist es für einen Teil der Tea Party nur ein kleiner Schritt. 24 Prozent reklamieren ein Recht auf Widerstand, unter allen Bürgern tun das 16 Prozent. Oft kann man auf Tea-Party-Veranstaltungen Banner mit dem Jefferson-Zitat finden: Von Zeit zu Zeit muss der Baum der Freiheit mit Tyrannenblut gedüngt werden.

Abgrenzung zu anderen konservativen Gruppen, und der religiösen Rechten Hauptthema der Tea Party sind die Wirtschaft, der Arbeitsmarkt, das Budgetdefizit und illegale Zuwanderung. Die Anliegen der „Value Voters“ und der religiösen Rechten – Abtreibung, Homo-Ehe, Kirchgang – rangieren weiter hinten. Diese Wertekonservativen hatten George W. Bush zum Sieg verholfen. Typische Tea-Party-Anhänger sympathisieren zwar auch mit solchen Zielen. Die Ablehnung der Abtreibungsfreiheit ist mit 53 Prozent höher als im US-Schnitt (34 Prozent).

Ähnliches gilt für die Ablehnung der Homo-Ehe (40 Prozent gegenüber 30 Prozent USA-weit). Ihre Hauptanliegen sind jedoch säkularer und ökonomischer Natur. 75 Prozent sagen, die Bankenrettung war unnötig. Über den „Stimulus“, das rund 800

Milliarden Dollar teure Konjunkturprogramm, sagen nur 10 Prozent in der Tea Party, es habe positive Effekte. US-weit haben 32 Prozent ein positives Urteil.

Informationsquellen und Selbstsicht

63 Prozent der Tea-Party-Anhänger beziehen ihre politischen Informationen vor allem über den rechten TV-Sender Fox. In der US-Gesellschaft insgesamt tun das 23 Prozent.

Tea-Party-Sympathisanten hängen dem irrigen Glauben an, ihre Ansichten seien repräsentativ für die ganze Gesellschaft. 84 Prozent sagen, die Mehrheit denke ebenso wie sie. Fragt man dagegen eine repräsentative Auswahl aller US-Bürger, meinen nur 25 Prozent, eine Mehrheit der Gesellschaft denke so wie die Tea Party. 36 Prozent verneinen diese These.

Wer finanziert sie?

Die Zeitschrift „The New Yorker“ veröffentlichte in der Ausgabe vom 30. August einen längeren Artikel, wie die Tea Party sich finanziert. Diese Informationen relativierten die bis dahin gängige Behauptung, sie sei eine Grassroots-Bewegung, die sich im Wesentlichen aus Kleinspenden und der unbezahlten Mitarbeit gewöhnlicher Bürger trage. Vielmehr hätten die Brüder David und Charles Koch den Aufbau mit mehreren Millionen Dollar unterstützt. Die Gelder flossen über Strategieberater des konservativen Lagers zu den regionalen Gruppen und ihren Kandidaten. Die Brüder Koch sind Großindustrielle, Milliardäre und langjährige Großspender für die Republikaner. Ihnen gehören Ö raffinerien, Fabriken für Papier-, Kunststoff- und Teppichbodenprodukte. Ihre Holding gilt als zweitgrößtes Privatunternehmen in den USA hinter Cargill. Sie sind typische Libertäre, die geringere Unternehmenssteuern, weniger Umwelt- und Arbeitsschutzaufgaben für die Industrie sowie einen schlankeren Staat anstreben.

Sie stehen in engem Kontakt mit einem ganzen Netzwerk politischer Organisationen, die millionenschwere Kampagnen gegen die Politik und die Reformen des

Präsidenten Obama fahren. Die beiden bekanntesten und finanzkräftigsten heißen „Americans for Prosperity“ und „Freedom Works“. „Americans for Prosperity“ organisierte eine 30 Millionen Dollar teure Kampagne gegen die Gesundheitsreform. „Freedom Works“ gab unter anderem zehn Millionen Dollar aus, um den schlanken Staat zu propagieren, und trainiert Freiwillige für die Wahlkampfhilfe in Wahlkreisen politisch genehmer Kandidaten. Zu diesem Feldzug gehört auch die Unterstützung der Tea Party. Sie liefert den basisdemokratischen Anstrich für die Lobbyinteressen, die die Kochs und andere Vertreter von Big Business verfolgen. Kritiker spotten deshalb, die Tea Party sei keine Graswurzel-Bewegung, sondern eher „Kunstrasen“.

Ein Grundsatzurteil des Supreme Court vom Januar 2010 hat zudem die verdeckte Finanzierung politischer Organisationen erleichtert. Die Obersten Richter hoben mehrere Einschränkungen des bis dahin geltenden Gesetzes auf, das der Republikaner John McCain und der Demokrat Russ Feingold 2002 ausgearbeitet hatten. Nach dem Verständnis der Mehrheit des Verfassungsgerichts fallen auch politische Spenden unter das Grundrecht auf „free speech“. Die Meinungsfreiheit erstreckt sich demnach auch auf die finanzielle Unterstützung von Ideen und Personen.

Im September 2010 machte eine anonyme Spende in Höhe von einer Million für die regionale Tea Party in Kentucky Schlagzeilen. Freilich haben viele Finanzierungsmethoden, die Gegner der Tea Party als problematisch bezeichneten, mit der geänderten Rechtsprechung gar nichts zu tun. Sie waren auch vor dem Urteil des Verfassungsgerichts legal. Die wichtigste Änderung durch den Supreme Court betrifft folgendes Detail: Zuvor durften Firmen und Personen nur Werbekampagnen für politische Ideen unbegrenzt unterstützen; es durfte darin keine Werbung für einen bestimmten Politiker gemacht werden. Die Unterstützung personenbezogener Werbung war begrenzt. Diese Beschränkung ist nun weggefallen. Dagegen bleiben die Begrenzungen von Spenden an einen Kandidaten weiterhin bestehen.

Partei oder nur Sammlungsbecken getrennter Bewegungen?

Anders als der Name suggeriert, ist die Tea Party keine Partei. Sie ist nicht einmal eine einheitliche Bewegung mit einer nationalen Spitze und regionalen Untergruppen. In den USA spricht man von einem „Big Tent“ – einem großen Zelt, in dem ganz unterschiedliche Gruppen mit zum Teil von einander abweichenden Zielen Platz finden. Diese Gruppen und die sie tragenden Personen sind sich zum Teil gar nicht grün. Sie eint der gemeinsame politische Feind. Doch untereinander stehen sie oft in einem Verhältnis der Rivalität und der persönlichen Abneigung. Die wichtigsten drei regionalen Gruppen sind:

- Die Tea Party Nation. Sie hat ihren Schwerpunkt in Tennessee. Sie wurde im Februar 2009 von Strafverteidiger Judson Phillips gegründet. Er organisierte den ersten landesweiten Kongress 2010 in Nashville. Mehrfach hat er ein Nachfolgetreffen in Las Vegas angekündigt, es dann aber immer wieder verschoben. Größter Streitpunkt ist die Teilnahmegebühr. Schon in Nashville gab es entsprechende Kritik, zumal Phillips ein Honorar von 100.000 Dollar an die Hauptrednerin Sarah Palin zahlte. Phillips wird vorgeworfen, es gehe ihm mehr darum, Geld zu machen, als politisch zu mobilisieren.

- Der Tea Party Express. Diese Gruppe operiert in Nevada, voran in Las Vegas. Treibende Kräfte sind Sal Russo, der schon zuvor als Politstrategie und Berater der Republikaner sein Geld verdiente, sowie Amy Kremer, die zuvor bei der Tea Party Nation aktiv gewesen, aber dort im Streit ausgeschieden war. Im Laufe des Wahljahres 2010 wurde es zum wichtigsten Ziel des Tea Party Express, der Senatskandidatin Sharron Angle gegen den Mehrheitsführer der Demokraten im Senat, Harry Reid, zu helfen, unter anderem mit einer halben Million Dollar Spenden. Mit Bus-Touren und Geld wurden auch Kandidaten anderswo in den USA unterstützt. In Delaware gewann Christine O'Donnell die Senatskandidatur in der Republikanischen Partei gegen Michael Castle, den moderat konservativen Favoriten der Parteiführung, unter anderem deshalb, weil der Tea Party Express ihr 240.000 Dollar für TV-Werbespots in letzter Minute gab. In Alaska half der Tea Party

Express dem Wunschkandidaten Sarah Palins für den Senatssitz, Joe Miller, mit 600.000 Dollar im Wahlkampf. Er unterlag am Ende aber der Amtsinhaberin Lisa Murkowski, die zwar die Kandidatenaufstellung in der Republikanischen Partei gegen ihn verloren hatte, aber dennoch bei der Hauptwahl gegen ihn antrat.

- Auch die Tea Party Patriots arbeiten über die Grenzen einzelner Bundesstaaten hinweg. Ihre Gründer sind Jenny Beth Martin, eine nicht berufstätige Hausfrau und Mutter in Atlanta, Georgia, sowie der Rechtsanwalt Mark Meckler in Sacramento, Kalifornien.

Verhältnis zur Republikanischen Partei

Als Scott Brown im Januar 2010 die Senatsnachwahl in Massachusetts gewann, schien die Tea Party ein Riesenvorteil für die Republikaner zu sein – eine Mobilisierungsmaschine. In seinem Fall hatte es keinen Streit innerhalb des konservativen Lagers um die Aufstellung gegeben. Brown war der einmütige Kandidat der Republikaner, obwohl er ein moderater Konservativer ist. Er stimmte zwar gegen Obamas Gesundheitsreform, aber für dessen Reform der Finanzaufsicht. Sein Überraschungssieg in dem Ostküstenstaat, der zuvor meist demokratische wählte, wurde zum Beleg für die Mobilisierungskräfte der Tea Party.

Doch mit dem Erfolg wuchsen auch Ehrgeiz und Anspruch. Sie wolle kein verlängerter Arm der Republikaner sein, sagten ihre Anführer im Frühjahr 2010. Niemand dürfe es für garantiert halten, dass Anhänger für die Parteikandidaten stimmen. Es komme darauf an, wer zur Wahl stehe. Die Tea Party habe ihre eigenen Ziele. Im Frühjahr 2010 begann die Anführer an einigen Orten Gegenkandidaten gegen die Favoriten der Republikanischen Partei aufzustellen. Im Sommer 2010 kippte das Verhältnis vollends. Hauptziel sei nun, die Kontrolle über die Republikanische Partei und deren Programm zu gewinnen, sagten viele ihrer Repräsentanten. Die Frage, ob ein zu starker Rechtsruck die Aussichten für die Kongresswahl verschlechtere, sei zweitrangig.

Auch hier spielte eine erstaunliche Selbstüberschätzung mit. Der Selbstsicht vieler

Tea-Party-Anhänger nach stellen sie die bislang schweigende Mehrheit in der Republikanischen Partei und ebenso im ganzen Land. Häufig führen sie die ersten drei Worte der Verfassung im Mund: „We, the people ...“ – tatsächlich sind sie eine Minderheit, bezogen auf die gesamte amerikanische Gesellschaft sowieso, aber auch innerhalb der Republikanischen Partei.

Siege über die Kandidaten des Partiestablishments

In einer ganzen Reihe von Staaten erzielten Tea-Party-Kandidaten bei der Kandidatenaufstellung für die Kongresswahl Siege über die Amtsinhaber der Parlamentssitze, bzw. über die Favoriten der republikanischen Führung. Zum Teil waren diese Erfolge Aufsehen erregend. Wenn man freilich prüft, wie viele – oder, genauer: wie wenige Menschen – an diesen Vorwahlen teilgenommen haben, dann ergibt sich der Eindruck, dass hier jeweils kleine, hoch motivierte und gut organisierte Minderheiten ihre Wunschkandidaten durchsetzten. Dies war vor allem deshalb möglich, weil sich nur ein kleiner Teil der Parteianhänger an den Vorwahlen beteiligte.

Bei den Kandidaturen für den jeweiligen Senatssitz des Staats setzte sich in Kentucky am 18. Mai Rand Paul gegen mehrere Konkurrenten durch. In Utah warf Mike Lee am 8. Mai Amtsinhaber Bob Bennett aus dem Rennen und in der Stichwahl am 22. Juni den moderateren Tim Bridgewater. In Nevada siegte am 8. Juni Sharron Angle gegen das Mitglied im Parteivorstand, Sue Lowden; es wurden nur 70.000 Stimmen abgegeben in einem Staat mit 2,7 Millionen Einwohnern und 400.000 eingetragenen republikanischen Wählern. In Colorado gewann am 10. August Ken Buck gegen Jane Norton. In Alaska (700.000 Einwohner, 200.000 regelmäßige Wähler der Republikaner) entschieden am 24. August 55.000 Teilnehmer, dass Joe Miller Senatskandidat wird und nicht Amtsinhaberin Lisa Murkowski. In Delaware (900.000 Einwohner) beteiligten sich 30.000 an der Vorwahl am 14. September, die Christine O'Donnell zur Kandidatin machte und nicht Congressman Michael Castle. In Florida hatte sich Tea-Party-Kandidat Marco

Rubio kampflos durchgesetzt, weil der republikanische Gouverneur Charlie Christ es vorzog, als Parteiunabhängiger anzutreten, um eine Niederlage bei der Kandidatenaufstellung in der Partei gegen Rubio zu vermeiden.

Die Tea Party erzwang also einen Rechtsruck bei der Kandidatenaufstellung der Republikanischen Partei. Das lässt sich auch an Hand von Beispielen belegen, wo sich am Ende der Amtsinhaber die Rivalen aus der Tea Party abwehren konnte. In Arizona, zum Beispiel, schien selbst die Aufstellung John McCains, des Präsidentschaftskandidaten von 2008, im Frühjahr 2010 gefährdet zu sein. Er rückte daraufhin selbst stark nach rechts, um die Herausforderer abzuwehren und passte seine inhaltlichen Positionen bei der Steuerpolitik und dem Einwanderungsrecht an die Wünsche der Parteirechten an. Sicherheitshalber investierte er 20 Millionen Dollar in seine Aufstellung – und setzte sich durch.

An vielen Orten, wo Tea-Party-Kandidaten die Aufstellung gewannen, führte das zu einem Risiko für die Republikaner in der Hauptwahl. Durch ihre aktive Beteiligung an der Vorwahl in der Republikanischen Partei erreichen Tea-Party-Anhänger, dass Rechtskonservative antraten. Doch die moderaten Konkurrenten, die sie dabei verdrängten und die die Favoriten der Parteiführung waren, hätten nach den meisten Umfragen die besseren Siegchancen gegen die jeweiligen Kandidaten der Demokraten gehabt.

Die aktuelle Stärke der Tea Party

(zum Zeitpunkt des Vortrags in München am 6. Oktober 2010, vier Wochen vor der Kongresswahl)

Eine Umfrage des Wall Street Journals und des Sender NBC von Ende September 2010 belegt, wie sehr die Tea Party im Laufe des Jahres an Bekanntheit und auch an Sympathien gewonnen hat. 27 Prozent der Befragten sagen nun, sie unterstützten die Bewegung. In der Erhebung der New York Times im April waren es 18 Prozent gewesen. Unter Anhängern der Republikaner geben nun 71 Prozent an, sie hätten ein positives Bild von der Tea Party oder hofften jedenfalls, dass deren Kandidaten bei

der Wahl siegen.

Weit mehr Distanz halten Bürger, die sich selbst als „Independents“ sehen, als Parteiunabhängige. 59 Prozent von ihnen sagen, sie seien keine Unterstützer der Tea Party. Ein ähnlich großer Anteil von ihnen sieht Obama inzwischen kritisch bis negativ, obwohl viele Unabhängige ihn 2008 gewählt hatten.

In der positiven Bewertung der Tea Party durch die Republikaner – trotz des davor liegenden Richtungsstreits bei der Kandidatenaufstellung – schlägt sich vermutlich auch der Eindruck nieder, dass die Tea Party eine hohe Mobilisierungswirkung auf republikanische Wähler hat. Ihr dynamischer Aufstieg hat den Glauben konservativer Amerikaner gestärkt, dass sie den Demokraten die Mehrheit in beiden Kammern des Parlaments nehmen können. Im Frühsommer schien das noch unwahrscheinlich. Damals hieß es, das Abgeordnetenhaus stehe womöglich auf der Kippe, der Senat bleibe fest in demokratischer Hand. Anfang Oktober 2010 gilt der Machtwechsel im Abgeordnetenhaus als sicher und im Senat als möglich – weil die Tea Party Konservative motiviert, zur Wahl zu gehen.

Der Vergleich verschiedener Umfragen führt freilich auch zu Widersprüchen, wie viel Einfluss die beiden Lager haben. Solange gefragt wird, auf welche Partei die größeren Sympathien entfallen, liegen die Demokraten weiterhin knapp vor den Republikanern. Und ebenso, wenn gefragt wird, welche Partei die besseren Ideen zur Lösung von Problemen in den Bereichen Gesundheit, Arbeitsmarkt, Finanzen etc. habe. Nur auf dem Gebiet der Terrorabwehr haben die Republikaner in der Regel die Nase vorn. Die Meinungshoheit bei Sachthemen haben die Demokraten also nicht komplett eingebüßt.

Anders ist das Ergebnis jedoch, wenn nur unter den Bürgern gefragt wird, die fest vorhaben, zur Wahl zu gehen. Dann wird aus dem generellen Sympathie- und Lösungskompetenzvorsprung der Demokraten ein Übergewicht für die Republikaner. Unter mutmaßlichen Wählern führen sie mit 46 zu 43 Prozent. Zwei

Drittel der republikanischen Anhänger sagen, sie seien „stark motiviert“, zur Wahl zu gehen. Und sogar drei Viertel der Tea-Party-Sympathisanten. Aber nur die Hälfte der Demokraten sagt das von sich.

Aus der Umfrage des Wall Street Journal lässt sich keine tief verankerte persönliche Abneigung gegen Obama im rechten Lager ablesen. Von den Tea-Party-Anhängern sagen 42 Prozent, ihr Hauptmotiv sei der Protest dagegen, dass in Washington trotz der tiefen Krise „business as usual“ betrieben werde. 20 Prozent nennen den Protest gegen Obama als Triebkraft, 12 Prozent den Protest gegen die Demokraten. Und 5 Prozent sehen ihre Unterstützung der Tea Party als Protest gegen die Republikaner.

Auf Wahlveranstaltungen der Tea Party und der Republikaner wird im Herbst häufig folgender Witz erzählt, mal unter Nennung von Nancy Pelosi, der demokratischen Präsidentin des Abgeordnetenhauses, mal von Harry Reid, demokratischer Mehrheitsführer im Senat, mal von Präsident Obama:

Was ist eine Rezession? Wenn der Nachbar seinen Job verliert.

Was ist eine Depression? Wenn man selbst seinen Job verliert.

Und wann beginnt der Aufschwung? Wenn Pelosi ihren Job verliert ...

(... bzw. wenn Reid / Obama seinen Job verliert.)

Sarah Palin und die Tea Party

Sie ist die ungekrönte Königin der neuen Bewegung. Wo immer sie vor Tea-Party-Anhängern auftritt, jubeln die ihr zu. Kommentatoren haben Sarah Palin auch zur Retterin der GOP – der Grand Old Party, wie die Republikaner auch genannt werden – erhoben. Ihrem Einfluss sei es zu verdanken, dass die Tea Party eine Bewegung innerhalb des konservativen Lagers blieb und sich nicht als eigenständige Partei rechtsaußen gründete. Denn dann hätte sie die Stimmen der Konservativen aufgespalten – und den Demokraten den Wahlsieg geschenkt.

Innerhalb der Tea Party betrachten zwei Drittel Sarah Palin als großartige Politikerin. Sie löse Begeisterung aus. Das war damals, im April 2010, der beste Wert unter

potenziellen republikanischen Präsidentschaftskandidaten. Andererseits glauben nur 40 Prozent, dass sie eine gute Präsidentin wäre. Die Mehrheit in der Tea Party hält sie nicht für geeignet.

Die politische Auswirkung der Tea Party auf die beiden Lager

Die Tea Party hat sich als Kraft gegen die Demokraten und Präsident Obama gegründet. Sie fügt ihnen politischen Schaden zu:

Erstens mobilisiert sie konservative Wähler.

Zweitens wirkt sie wie das Gegenargument zur Behauptung Obamas, wer die Republikaner wähle, wähle die Vergangenheit, bzw. wähle jene Gruppe, die das Land in die tiefe Krise geführt habe. Im Herbst 2010 wirkt die Tea Party wie eine Kraft, die das konservative Lager modernisiert und neu belebt.

Drittens schadet die Tea Party den Demokraten, weil sie die Aussichten auf Kompromisse bei der Gesetzgebung im Kongress verschlechtert. Mit moderaten Republikanern schien die Einigung auf ein abgespecktes Energie- und Klimaschutzgesetz möglich und auch ein Kompromiss bei der Reform des Einwanderungsrechts. Die Tea Party ist gegen jedes Zugeständnis an Obama. Die zu erwartende gegenseitige Blockade und der Stillstand schaden der Regierung mehr als der Opposition.

Die Tea Party bedeutet aber auch potenziellen Schaden für die Republikaner mit Blick auf die Präsidentschaftswahl 2012.

Erstens haben die Niederlagen mehrerer Favoriten des Establishments bei den Vorwahlen die Autorität der Parteiführer in Frage gestellt.

Zweitens galt bei der Kandidatenaufstellung bisher die „Buckley-Regel“: Wir nehmen den Republikaner, der die besten Siegchancen hat. Inzwischen gilt die „Limbaugh-Regel“: Kandidieren soll der Republikaner, der am weitesten rechts steht – im Namen der programmatischen Reinheit. Ob diese Person gewinnen kann, sei zweitrangig. Das macht Wahlerfolge nicht gerade wahrscheinlicher.

Drittens werden die neuen Abgeordneten und Senatoren vom rechten Rand schwer lenkbar sein für die Fraktionsführer im Kongress; denn sie haben ihren Wählern Fundamentalopposition gegen Obama versprochen.

Viertens droht die Kandidatenfindung für die Präsidentschaftswahl nun zu einem spaltenden Richtungskampf zu werden.

Ähnliche Perioden hat es auch schon früher in der Geschichte der USA gegeben. Der Rechtsruck unter Goldwater und seine Revolte 1964 brachten erst eine schwere Niederlage gegen Lyndon B. Johnson. Danach folgte die Neuaufstellung der Republikaner. 1966 wurde Ronald Reagan Gouverneur von Kalifornien und 1980 Präsident.

Wegen dieser Vor- und Nachteile für BEIDE Lager ist nicht ausgemacht, wem die Tea Party auf längere Sicht mehr nützt und wem mehr schadet. Bei der Kongresswahl 2010 überwiegen aus republikanischer Sicht die Vorteile gewiss die Nachteile. Das kann sich aber bis zur Wahl 2012 umdrehen.

Je radikaler gewählte Tea-Party-Leute agieren, desto einfacher kann Obama und können die Demokraten sich als Verteidiger des Mainstreams und der Vernunft darstellen. Ihr letzter großer Wahlsieg 1994 verleitete die Republikaner dazu, den Wählerauftrag zu weitgehend zu interpretierten – als Mandat, die Regierung Clinton lahmzulegen. Um Kürzungen im Staatsbudget zu erzwingen, propagierten sie den „Government Shutdown“. Das ging den Wählern in der Mitte der Gesellschaft zu weit. 1996 wurde Bill Clinton wiedergewählt.

Für Obama ist das nun die offene Frage: Geht auch die Tea Party im Protest gegen seine Regierung zu weit – und wird sie so zur Kraft, die ihm 2012 zur zweiten Amtszeit verhilft?

P.S. NACH der Kongresswahl am 2. November:

Im Abgeordnetenhaus haben die Republikaner mehr als 60 Sitze erobert. Dieser Erdrutschsieg ist gewiss auch der Mobilisierung der Wähler durch die Tea Party zu verdanken.

Im Senat dagegen haben die Republikaner die Eroberung der Mehrheit verpasst. Und auch das liegt vermutlich an der Tea Party. Zum Mehrheitswechsel fehlten drei Sitze. Die hätten die Republikaner in Colorado, Delaware und Nevada gewinnen können, wenn sie dort moderate Kandidaten aufgestellt hätten. Das wiesen nahezu alle Umfragen aus. Doch die Tea Party setzte durch, dass dort Personen antraten, die schlechtere Aussichten haben, weil sie zu weit rechts stehen und/oder zusätzlichen persönlichen Ballast mitbrachten. In Nevada erregte Sharron Angle mit der Forderung Aufsehen, Social Security und Medicare, die Grundrente sowie die staatlich getragene Gesundheitsversorgung für Senioren, ersatzlos zu streichen. In Delaware machte Christine O'Donnell mit ihren Äußerungen zur Hexenkunst und zur „Sünde“ weiblicher Selbstbefriedigung Schlagzeilen. In Colorado setzte Ken Buck auf die persönliche Herabsetzung seiner Gegner. Alle drei unterlagen ihren demokratischen Rivalen.

Auch Sarah Palins Bilanz ist zwiespältig. Von den 40 Bewerbern für das Abgeordnetenhaus, die sie persönlich unterstützt hatte, scheiterte knapp die Hälfte. Von den sechs Senatskandidaten, zu deren Wahl sie aufrief, verloren vier: neben den drei bereits genannten Joe Miller in Alaska. Besonders schwer dabei wiegt ihre Schlappe in ihrem Heimatstaat Alaska. Sie führte – wegen einer persönlichen Fehde – die Front gegen die Wiederwahl der amtierenden Senatorin Lisa Murkowski an. Tatsächlich verlor Murkowski die Kandidatenaufstellung in der Republikanischen Partei gegen Palins Favoriten Joe Miller. Murkowski trat dennoch zur Hauptwahl an – und gewann, obwohl ihr Name nicht einmal auf dem Stimmzettel stand, nachdem sie die Vorwahl verloren hatte. Wer sie wählen wollte, musste den Namen handschriftlich eintragen. Einen solchen „Write in“-Sieg hat es seit mehr als einem halben Jahrhundert nicht gegeben. Alles in allem hat Palins Nimbus, eine Autorität

in der Partei zu sein, die niemand ignorieren hat, gelitten. Die These, zu der sich manche in den USA, aber auch in Deutschland auf dem Höhepunkt des Erfolgs der Tea Party verleiten ließen – Sarah Palin sei die nächste Präsidentin der USA – wirkt am Jahresende 2010 voreilig. Es ist sogar fraglich geworden, ob sie überhaupt gegen Barack Obama 2012 antritt.